

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 441.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 201.

Wagnispreis für Halle u. Harz 2.50 RM., durch die Post bezogen 3 RM. für das Vierteljahr.
Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf Mal. — Gratis-Belegungen: Gasthäuser,
Gouriers (tägl. Postzeitung), 30. Unterhaltungsblatt (Sonntagbeil.), Bannb., Witzblätter.

Erste Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. festgesetzte Zeitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis
20 Hg., auswärts 30 Hg., Reflektoren am Samstag des reaktionellen Teils die Zeile 100 Hg.,
Anzeigen-Einnahme v. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Veltzschgasse 87, Hinterhaus.
Telephon 155; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Vaukhäuser.
Verleger: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Samstag, 19. September 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Defauerstraße 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von C. V. Thieme in Halle a. S.

Das Doppelgestirn.

Wer mit der Eigenart unserer revolutionären Partei noch nicht näher vertraut ist, mag sich wundern haben, daß die süddeutsche Sozialdemokratie der den Nürnberger Beratungen über die Frage der Budgetbewilligung ein so anderes Gesicht gezeigt hat als die norddeutsche. Demagogische Erregtheit und fanatische Hochstoberer haben dort die Gesichtspunkte der Streitenden mitunter so stark verzerrt, daß man kaum glauben konnte, noch Kinder derselben Familie vor sich zu haben. Aber wenn die Süddeutschen Wert darauf legen, als der praktischsten Mitarbeit nicht abholdere Reformen zu erscheinen, und die Norddeutschen sich beileben, wieder die das blutrote Tagelohn schwingenden Arrivolisten zu spielen, so liefern sie die beiden Gruppen im ganzen genommen doch lediglich wieder das alte Bild, in dem die Gefolgschaft der Bebel und Singer von jeher erschienen ist. So lange es eine starke deutsche Sozialdemokratie gibt, hat sie auch immer ein Doppelgestirn getragen: vorn die Revolution, hinten die Reform! Nur dieses Doppelgestirn ist es ermöglicht, daß sich die um das rote Banner kämpfenden Parteien vor Wahl zu Wahl vermehren. Wer Reformen heischt, kann ebenso auf seine Rechnung wie diejenigen, die mit dem Feuer der Revolution spielen wollten; ein jeglicher sah das ihm zuzugende Gesicht.

Nach der vom Parteivorstande in Nürnberg eingehenden Resolution muß jede Politik des Entgegenkommens auf die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden. Das klingt energisch, ist aber nur eine Phrase von Komödianten. Auch die Radikalfreien der norddeutschen Genossen kommen ohne diesverfälschte Entgegenkommen gegenüber dem Gegenwartstaat mit dem besten Willen nicht aus. Dittator Bebel hat in Nürnberg selbst zugeben müssen, daß auch die unter dem Zepher des erhablichen Dergewossen Singer lebende Reichstagsfraktion regelmäßig gegen eine lange Reihe von Staatsmitteln nicht einzuwenden hat. Und wenn man sich erinnert, mit welcher Begeisterung sie der Caprivischen Handelsverträge getritten haben, kann man auch, daß damals die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Gegenwartstaat ein Instrument in die Hand gegeben haben, das dem Reiche auf ein Dutzend Jahre hinaus einen beträchtlichen Teil seiner Einnahmen sichern sollte. Der sozialdemokratische Parteivorstand freilich möchte jetzt den Streit dadurch zu seinen Gunsten verschieben, daß er die Bewilligung des Budgets als ein Vertrauensvotum für die Regierung hinstellt. Das klingt nicht eben überzeugend. Oder will man etwa den konfessionellen Politikern, die auch nach Abschluß der Caprivischen Handelsverträge den Etat in der Gesamtabstimmung annehmen, nachfragen, sie hätten damit dem Grafen Caprivi ein Dankes- und Vertrauensvotum ausstellen wollen? Den Rathanden näher kommend, kempfselnde Herr August Bebel die Staatsanfrage dahin: „Die Bewilligung des Budgets heißt Aufrechterhaltung des Staats.“ Hätte denn der Staat ein Schicksal im Wasser; denn der Staat ist eine Tatsache, die von der sozialdemokratischen Anerkennung unabhängig ist. Mit autem Recht ist der sozialdemokratische Führer im alten Voris denn auch entgegengehalten worden, wolle man der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung jedes Entgegenkommen verlagern, müsse man sich wohl oder übel auch gegen das gesamte Parlament aussprechen, und man gleiche damit alsbald ins anarchische Fahrwasser hinein, obgleich man eben wegen dieser Anschauung erst vor wenigen Jahren den ehemaligen Genossen Dr. Friedberg aus der Partei ausgeschlossen habe. Williges Eingeständnis über die Frage wird aber in der Sozialdemokratie auch in der Zukunft niemals herbeigeführt werden können; um ihrer Fortexistenz willen vermag sie ja ihres Doppelgestirns nicht zu enttaten. So ist es auch nicht auffällig, daß den Budgetbewilligern im Süden genau ebenso eine Minderheit entgegensteht wie den Gegnern der Staatsanfrage im Norden.

Im Münchener Peters-Prozess fiel das auf den Jungen Bebel angewandte Wort des Gerichtsverordnenden: „Du achte jede Eigenart.“ Als jetzt in Nürnberg ein süddeutscher „Genosse“ forbert: „Disziplin, aber auch Eigenart und Eigenleben!“ da unterbrach ihn stürmische Jurisprudenz der auf Eigenart peinigenden Norddeutschen. Damit hat sich wieder die andere, durch und durch unwahre Doppelnatur der Sozialdemokratie offenbart. Dem bürgerlichen Staat gegenüber heißt sie freie Betätigung auch für die an seiner Vernichtung arbeitende revolutionäre Minderheit, aber in den eigenen Reihen soll die Minorität ohne Befinden nach der Fuchtel der Mehrheit tanzen. Dabei hat die Wüßerei-Resolution, um die sich der ganze Streit dreht, die Möglichkeit ausdrücklich angegeben, daß die Budgetbewilligung ausbleiben, in den besondern Verhältnissen liegenden Gründen notwendig werden könne. Aber gerade der Dergewossen Singer, der in Nürnberg den einzelnen Fraktionen die Aufgabe zwies, selbständig zu entscheiden, muß zwingende Gründe sind, hat sich in Nürnberg gegen die süddeutsche Landtagsfraktionen gewendet und es für unerlässlich erklärt, der Verflechtung und Verschleierung ein Ende zu machen. So nach ist hier der Terrorismus gegen die Minderheit be-

sonders bemerklich. Aber die im gegenwärtigen Streit vorwiegend aus Süddeutschen zusammengesetzte Minorität weiß auch, daß sie das Gewölpe der Bebel, Singer und Kralovic nicht zu erdulden braucht. Nur zur rechten Stunde ist der Geist des verstorbenen August zittert worden und mit seinen Worten werden wohl schließlich, wenn erst die alle vereinernde plattformweide Resolution gefunden ist, die Norddeutschen, um das Doppelgestirn der Partei zu wahren, in acht sozialdemokratische Bräderlichkeit zurufen: „Ihr seid Echt, aber wir fügen uns!“

Wie ist der Kurs der Reichs- und Staatsanleihen zu bessern?

Eng mit der Frage der Reichsfinanzreform ist die der Besserung des Kurzes der Reichs- und Preussischen Staatsanleihen verbunden. Sie bildet den Gegenstand größter Sorge und Keimer in den Finanzen des Reiches und Preussens und leitet in den Erörterungen der Presse, welche sich mit finanzpolitischen Erörterungen befaßt, einen breiten Spielraum ein. Ueberwiegend haben sich aber mit der Frage bisher nur im Finanzdienst des Reiches und Staates lebende Personen oder Theoretiker beschäftigt. Es ist daher mit Genugthuung zu begrüßen, daß jetzt auch ein Mann der Praxis, einer der Direktoren der Deutschen Bank, sich zu der Frage geäußert hat; um so mehr, als er sich dabei nicht auf die Kritik des bisherigen Verfahrens beschränkt, sondern positive Vorschläge zur Verbesserung des Kurzes unserer Reichs- und Staatsanleihen macht. Herr Manfiewitz stellt in einem in den „Grenzboten“ erschienenen Aufsatz zunächst fest, daß der Kursstand der Reichs- und Staatsanleihen einschließlich der Schatzanweisungen der günstigeren Gestaltung des Geldmarktes nicht gefolgt, vielmehr mit Ausnahme der dreiprozentigen Kontols heute noch schlechter ist als selbst zur Zeit der größten Geldknappung. Er untersucht dann die Ursachen dieser für die Finanzen des Reiches und Preussens so unanglücklichen Erscheinung und gelangt dabei zu folgenden positiven Ergebnissen. Neben er als Hauptgrund der Unbeliebigkeit unserer Reichs- und Staatsanleihenverbreitungen den mit den häufigen, allzu hohen Emissionen unrichtig zusammenhängenden Kursrückgang feststellt, gelangt er zu dem Schluß, daß man sowohl in der Ausgabe von Schuldverschreibungen als auch in der Ausgabe von langfristigen Reichs- und Staatsanleihen möglichst zurückhalten, etwaige Kreditbedürfnisse dagegen vornehmlich mit der Ausgabe von Schatzwechseln nach englischem Muster befriedigen solle. Der Verfasser nimmt an, daß solche auf 3, 6 oder 12 Monate ausgestellte Schatzwechsel von den Banken genau so gern wie Privatwechsel in ihre Portefolien genommen und nötigenfalls auch über den Halbjahrestermin hinaus prolongiert werden würden. Auf die Seite würde zugleich die Reichs- und Staatsanleihe möglichst zurückhalten, etwaige Kreditbedürfnisse dagegen vornehmlich mit der Ausgabe von Schatzwechseln nach englischem Muster befriedigen solle. Der Verfasser nimmt an, daß solche auf 3, 6 oder 12 Monate ausgestellte Schatzwechsel von den Banken genau so gern wie Privatwechsel in ihre Portefolien genommen und nötigenfalls auch über den Halbjahrestermin hinaus prolongiert werden würden. Auf die Seite würde zugleich die Reichs- und Staatsanleihe möglichst zurückhalten, etwaige Kreditbedürfnisse dagegen vornehmlich mit der Ausgabe von Schatzwechseln nach englischem Muster befriedigen solle.

Als zweite Hauptursache für den schlechten Kursstand unserer Reichs- und Staatsanleihenverbreitungen bezeichnet der Verfasser die unzureichende Pflege des Marktes unserer Anleihen. Er stellt fest, daß, während in England und Frankreich Käufe oder Verkäufe von Millionen von Kontols oder Rente einen nur unmerklichen Einfluß auf den Kursstand haben, bereits bei uns Nachfrage oder Angebot von weniger 100 000 Mark eine empfindliche Minderung des Kursstandes herbeiführt. Um unseren Reichs- und Staatsanleihenverbreitungen wieder einen größeren, für die Aufrechterhaltung ihres Kursstandes geradezu notwendigen Markt zu sichern, empfiehlt er, wenn dem jetzt sowohl im Reiche als namentlich in Preußen üblichen Verfahren, die in den Etats vorgesehene Schuldentilgung durch Verrechnung auf bewilligte Anleihen zu bewirken, abzugeben und den vollen, etatsmäßigen zur Schuldentilgung bestimmten Betrag zum Ankauf von Reichs- und Staatsanleihenverbreitungen auf dem freien Markte zu verwenden. Er nimmt an, daß, wenn so unter sorgfältiger Beobachtung des Geldmarktes verfahren wird, jedenfalls mit Erfolg jeden unglücklichen Wüdgange des Kurzes der Reichs- und Staatsanleihenverbreitungen wirksam entgegengetreten werden kann. Es liegt auf der Hand, daß diese Vorschläge neben ihren augenfalligen Nützlichkeiten auch ihre Schattenseiten haben werden. Immerhin sind sie als ein überaus wertvoller Beitrag zur Lösung der Frage der Besserung des Kurzes unserer Reichs- und Staatsanleihen anzusehen.

Deutsches Reich.

* **Nachmals der englische Anschlag auf den Kaiser.** Gegenüber der Nachricht, bei seiner Fahrt zur „Schlacht“ habe der Kaiser die Grenze wegen eines angeblich geplanten Attentats auf französischem Gebiete nicht überschritten, wird amtlich festgestellt, daß ein Betreten des fran-

sösischen Bodens durch den Kaiser überhaupt nicht beabsichtigt war und der französischen Regierung eine entsprechende Benachrichtigung zugegangen sei; zugleich sei mitgeteilt worden, der Monarch werde bis in die Nähe der Grenze kommen.

* **Prinz August Wilhelm,** der vierte Sohn des Kaiserpaars, wird an seinem Hochzeitstag im Oktober zum Kapitän ernannt.

* **Das Reichsgericht** hat am Donnerstag den Jahresbericht 1907/08 veröffentlicht, die wegen Aufhebung der Reichsregierung am 2. März zu Selbstmord verurteilt worden waren, freigesprochen.

* **Staatswissenschaftliche Fortbildung.** Die Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin veranstaltet auch in den bevorstehenden Winterhalbjahren einen Fortbildungskursus für solche Personen, die neben der allgemeinen Bildung bis zu einem gewissen Grade auch eine staatswissenschaftliche Schulung theoretischer oder praktischer Art besitzen und eine Erweiterung oder Vertiefung ihrer Kenntnisse auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und juristischen Staatswissenschaften erziehen. Der sieben ausgearbeitete Studienplan des Kurses umfaßt: konventionelle Vorträge, Besichtigungen und Studienreisen, Führung wissenschaftlicher Institute und Museen der bildenden Künste und Einzelvorträge allgemeineren Inhalts. Meldungen zur Teilnahme sind spätestens bis 3. November an die Geschäftsstelle der Vereinigung, Berlin W. 64, Veltzschgasse 70, zu richten.

* **Die nicht vollbesetzten Kreisärzte,** deren es in Preußen bei 43 vollbesetzten 454 gibt, sollen, wie wir hören, durch die neuen Besoldungsgebote in ihrem Gehalt zu aufgehoben werden, das sie im Durchschnitt das Grundgehalt des vollbesetzten Kreisarztes (3600 Mk.) erreichen. Sie beziehen bisher 1800—4200 Mk., im Durchschnitt 2700 Mk. Auch die 16 nicht vollbesetzten Gerichtsärzte sollen in gleicher Weise im Gehalt aufgehoben werden. Ferner sollen die außerordentlichen Universitäts-Professoren im Durchschnittsgehalt von 3500 auf 4200 Mk. erhöht werden.

* **Personalanwärter.** Der provisorische Geschäftsführer des Deutschen Reiches in Wien-Alba (Austrianen), Dr. Zinkgraf, ist nach der W. 3. a. M. abberufen worden. An seiner Stelle wurde Legationsrat Dr. Scheller-Steinwack ernannt.

* **Landtagsersatzwahl.** Infolge des Ablebens des Landtagsabgeordneten Sibba (nordl.) wird in Wahlkreis 3 Arnberg: Wittenberg-Niederl. eine Ersatzwahl stattfinden. Der Wahlkreis ist bisher der nationalliberalen Partei, die bei den Neuwahlen mit 452 gegen 82 gegnerische Stimmen siegte.

* **Von der Ansehungs-Kommission.** Nach dem Entschluß der Kommission ist der Ansehungs-Kommission ein Verbot von zwei landwirtschaftlichen Sachverständigen beigegeben, von denen je einer auf Grund einer mündlichen drei Personen enthaltenen Resolution der Ansehungs-Kommission für die Preussischen Hof- und Weizenpreise ernannt wird. Die von der Hofener Landwirtschaftskammer vorgeschlagenen Herren sind deren Vorsitzender, Kammerherr von Born-Allois, Landtagsabgeordneter von Wenzel-Belcsein und Rittergutsbesitzer Hoffmeyer-Blomfi.

* **Christliches Lehrerseminar.** Der Christliche Verein zu Hamburg hat beschlossen, am 1. April 1909 ein christliches Lehrerseminar zu eröffnen, um ein Gegenmittel gegen die liberalen Lehrlinge in Religionsunterrichte der Hamburger Schulen zu schaffen.

* **Die Anträge auf Hebernahme der Familienfürsorge** für das im Wahlmündungsalt zum Dienst beim Meer eingezogene Personal der freiwilligen Frankenspiele durch das Reich sind bekanntlich abschlägig beschieden worden. Der Vaterländische Frauenverein hat infolgedessen die Fürsorge in derlei Fällen, wie sie durch das Reichsgesetz von 1888 für die unterhaltungsbedürftigen Angehörigen der zum aktiven Dienst eingezogenen Mannschaften geregelt wird, hinsichtlich des vom Zentralkomitee gestellten Personals übernommen.

* **Die deutschen Schulen in Persien.** Die Deutschen, die Beruf und Erwerb nach Persien geführt haben, haben bisher alle ihre berechtigten Wünsche nicht erfüllt. Namentlich für die deutsche Schule in Teheran ist noch manches zu tun übrig geblieben, und außerdem sind noch nicht alle Ansprüche auf Schadenersatz erledigt worden, die aus den jüngsten Kämpfen und Verwüstungen in der persischen Hauptstadt sowohl wie anderwärts im Lande entstanden waren. Um diese Fragen handelte es sich bei einem Empfang der deutschen Gesandtschaft in Teheran beim Schah, der am 17. September stattfand. Der Schah verband wohlwollende Stimmung aller vorgedachten Wünsche und äußerte sein lebhaftes Interesse für die Person der deutschen Kaiserin.

* **Der rote Tag in Nürnberg.** Auch die Verhandlungen des getrigen Donnerstags brachten die Angelegenheit des Disziplinbruchs der Süddeutschen noch nicht zum Abschluß. Bebel war wieder erschienen und redete und erging sich in leidenschaftlichen Beschimpfungen seiner Gegner. Fürchterlicher Lärm durcheinander fast durcheinander die Verammlung, die Singer ebenfalls als die schloß. Zahlreiche Gruppen von Demonstranten blieben noch lange Zeit im trübsten Licht der Situation, die durch die Donnerstags-Verhandlungen demorence als je zuvor geworden ist. Auf seiner Seite weiß man bisher einen Ausweg, um eine Spaltung der Partei zu verhindern.

